



Quandt-Spende ruft Transparency International auf Plan

Nach Bekanntwerden der ungewöhnlich hohen Parteispende der Unternehmerfamilie Quandt an die CDU hat Transparency International schärfere Regeln für Parteispenden angemahnt. Bundespräsident Gauck sieht dabei die Parteien am Zug.

Die hohe Parteispende der Unternehmerfamilie Quandt an die CDU hat Rufe nach schärferen Regeln laut werden lassen. Die Antikorruptionsorganisation Transparency International forderte eine Begrenzung der Spendensumme auf 50.000 Euro pro Spender und Jahr. Bundespräsident [Joachim Gauck](#) ließ mitteilen, dass er in der Debatte um eine Reform der Spendenregeln zunächst die Bundestagsparteien am Zuge sehe.

Die Vorsitzende von Transparency International, Edda Müller, hatte Gauck zuvor aufgefordert, eine Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung einzuberufen. Parteispenden nährten den Eindruck, "dass die Lobbyinteressen immer stärker auf die Politik einwirken", sagte Müller im Deutschlandfunk. Dies trage zu einem "Verfall der politischen Kultur" bei.

Gaucks Sprecherin erwiderte, die Regelung der Parteienfinanzierung sei "in erster Linie eine Aufgabe des Gesetzgebers". Zwar könne der Bundespräsident laut Parteiengesetz eine unabhängige Expertenkommission zu Fragen der Parteienfinanzierung einberufen. Die sei bislang aber immer nur dann geschehen, wenn eine solche Reform "von einer breiten politischen Mehrheit für erforderlich gehalten wurde". Die Sprecherin wollte nicht ausschließen, dass Gauck in Zukunft bei Bedarf von dieser Möglichkeit Gebrauch machen könnte.

Am Dienstag war bekannt geworden, dass drei Mitglieder der Unternehmerfamilie Quandt, die große Anteile am Autobauer BMW hält, insgesamt 690.000 Euro an die CDU gespendet hatten. Vertreter der Opposition äußerten den Verdacht, dass die Spende im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegenüber strengeren EU-Abgas-Grenzwerten für Autos stehe.

Die Bundesregierung wies die Vorwürfe zurück. "Natürlich ist die Bundesregierung nicht käuflich", sagte Vizeregierungssprecher Georg Streiter. Aus Sicht der Bundesregierung gebe es auch keinen Grund, an den Regeln zur Parteienfinanzierung etwas zu ändern.

Die Organisation LobbyControl forderte die CDU auf, die Spende zurückzuzahlen. Es müssten dringend Obergrenzen für Spenden eingeführt werden, "damit vermögende Einzelpersonen keinen übermäßigen Einfluss auf die finanzielle Ausstattung der Parteien ausüben können", forderte Christina Deckwirth von LobbyControl.

Die Transparenzorganisation [abgeordnetenwatch.de](#) startete im Internet eine Petition mit der Forderung nach Rückzahlung der Spende durch die CDU. Die Petition fand bis Mittwochnachmittag mehr als 6000 Unterstützer.

SPD-Vizefraktionschef Ulrich Kelber schloss sich der Forderung nach

Rückzahlung an. "Das Geld stammt von Personen, die durch ihren Aktienbesitz direkt von der politischen Aktion profitieren", sagte er der "Welt" (Mittwochs Ausgabe). Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter bezeichnete die Spende gegenüber der "Passauer Neuen Presse" als "peinlich für die Kanzlerin". Linken-Chef Bernd Riexinger sprach gegenüber dem Blatt von einer "als Parteispende getarnten Bestechung".

Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) sagte im Deutschlandfunk: "Die Kanzlerin ist nicht mit 690.000 Euro erpressbar oder beeinflussbar." Die Familie Quandt stehe der CDU "sehr nahe" und spende seit vielen Jahren an die Union. Bei der Frage einer Begrenzung von Parteispenden zeigte sich Fuchs skeptisch: "Dann müssen wir überlegen, wie die Parteien sich zu finanzieren haben."

John Macdougall / 16.10.13 / AFP

Z0H0000088085

